

Darmstädter Magisterarbeit reiht sich ein in die neuerdings erfreulicherweise langsam zunehmende Zahl politikwissenschaftlicher Publikationen zum Themenbereich "Sprache in der Politik". Hatten die Politologen dieses Thema lange Zeit überwiegend den Sprachwissenschaftlern überlassen (von Ausnahmen wie z. B. H. G. Schumann selbst abgesehen), so stellt sich nun die Frage, welchen eigenständigen Beitrag die Politikwissenschaft zu diesem Forschungsbereich leistet, und in welchem Verhältnis dieser Beitrag zu dem mittlerweile sehr fortgeschrittenen Erkenntnis- und Reflexionsstand der Sprachwissenschaft auf diesem Gebiet steht. (Jedenfalls drängt sich diese Frage dem Rezensenten als Sprachwissenschaftler auf.) Die vorliegende Studie ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil ist den methodologischen Vorüberlegungen gewidmet; der zweite Teil enthält eine empirische Analyse von Wahlkampfparolen der Bundestagswahlkämpfe 1957 und 1987; der dritte Teil vereinigt unterschiedlichste Betrachtungen zu verschiedensten Facetten politischen Sprachgebrauchs vor allem in der Parolensprache der Plakatwerbung. Zunächst zu den methodologischen Aspekten: Der Verf. geht davon aus, daß der in Analysen zur Politiksprache stets diagnostizierte "Streit um Worte" bzw. "Semantische Kampf" (ursprünglich wurde diese Metapher – in den 70er Jahren – von den semantisch kämpfenden Politikern selbst geprägt) bereits selbst ein entscheidender Teil der Politik ist und solche nicht etwa nur abbildet (S. 15). Die öffentliche Sache als zentraler Gegenstand der Politik wird, so Gruner, durch sprachliches Verhalten, durch Worte, Begriffe, Aussagen, Parolen usw., überhaupt erst hergestellt, aufbereitet und vorstrukturiert. Daraus leitet der Verf. die zentrale These seiner Studie ab, die er dann auch im zweiten, empirischen Teil belegt, daß die Wahlkampfssprache Medium und Ort der inszenierten Polarisierung ist, deren die Politik im parlamentarischen System der um Stimmenmajorität kämpfenden politischen Parteien notwendig bedarf. Die systeminhärente Polarisierung gerät jedoch, so eines der Fazits dieser Studie, angesichts des vor allem für die großen "Volksparteien" SPD und CDU unverzichtbaren "Kampfs um die Mitte", d. h. um dieselben Wählerschichten, zu einer bloßen "Inszenierung", da dem polaren Gestus vieler Wahlkampfparolen längst nicht immer auch ein echter Gegensatz zentraler politischer Positionen entspricht. Der politikwissenschaftli-

WAHLKAMPFSPRACHE

Paul Hermann Gruner: Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfssprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987. 222 S., Lang, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1990.

Die in der von Hans-Gerd Schumann und Hansfried Keller herausgegebenen Reihe "Sozialwissenschaftliche Studien" veröffentlichte

che Blick auf die Wahlkampfsprache kann, wenn er solche und andere Bedingungsfaktoren der politischen Kommunikation (etwa die Differenzierung nach unterschiedlichen Zielgruppen bzw. Wählerschichten) berücksichtigt, durchaus eigenständige Einsichten in das Wirken politischen Sprachgebrauchs erbringen. Dazu bietet die außerordentlich gedankenreiche Arbeit von Gruner eine Fülle von sprachgewaltigen (allerdings auch etwas formulierungsverliebten) Anregungen. Der Verf. arbeitet vorhandene Analysen und Ideen in großer Zahl in seine Ausführungen ein, wobei er sich nicht davor scheut, auch zu feuilletonistischen Texten zu greifen (etwa aus Zeitungen und politischen Magazinen).

Die sprachwissenschaftliche Analyse von Politiksprache hat in den letzten Jahrzehnten (mit einer in jüngster Zeit eher noch zunehmenden Tendenz) eine Vielzahl von Ergebnissen hervorgebracht, die vor allem hinsichtlich der methodologischen Reflexion und selbstkritischen Prüfung der eigenen Rolle des Analysierenden einen ohne Qualitätsverlust nicht mehr hintergehbaren Stand markieren. Diese linguistischen Ansätze werden auf Tagungen und in gemeinsamen Veröffentlichungen zunehmend mit den aufkommenden politikwissenschaftlichen Arbeits- und Denkansätzen vernetzt. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, daß der Verf. gerade die "Interdisziplinarität" zu einem der zentralen methodologischen Kriterien machen will. Diesem selbstgestellten Anspruch wird die Studie aber – jedenfalls was die sprachwissenschaftliche Seite angeht – leider nicht in dem vom Verf. wohl erhofften Maße gerecht. Dazu nur einige Anmerkungen: Trotz kritischer Bemerkungen zum hergebrachten Kommunikations- und Informationsbegriff, der der Funktion von Sprache in der Politik (v. a. der Parolenwerbung im Wahlkampf) nicht gerecht werden kann, und trotz zahlreicher Hinweise auf die verschiedenartigsten Funktionen, die insbesondere die Parolensprache hat, greift Verf. bei der semantischen Kennzeichnung des Wortmaterials in der Politik auf den Standard-Topos der "Bedeutungsleere" (Topitsch u. a.) zurück. Neuere linguistische Untersuchungen zeigen, daß dieser fatale Topos mehr verhüllt als erklärt hat, nicht zuletzt deswegen, weil er notwendig die falsche These voraussetzt, wonach gegenüber der "inhaltsleeren" bzw. "verhüllenden" Politiksprache die "Dinge wie sie wirklich sind" wieder in "präziser benennender Sprache" auszusagen sind. Der Verhül-

lungs-Topos setzt einen überholten Ideologie-Begriff voraus, wonach Ideologie immer nur die Ansicht der Anderen ist. Demgegenüber haben die Analysen und Diskussionen in der Sprachkritik-Diskussion der neueren Linguistik gezeigt, daß das Besondere an den "semantischen Kämpfen" gerade ist, daß jede Bedeutungsgebung (Wortverwendung), welche mit Geltungsanspruch vertreten wird (und dies ist im politischen Kommunikationskontext stets der Fall), nur eine unter vielen konkurrierenden ist, auch – und gerade – wenn sie sich als die eigentlich "benennende", "präzise", "ideologiefreie" darzustellen versucht. Eine intensivere Auseinandersetzung mit der neueren linguistischen Literatur zur Politiksprache (die der Verf. nur vereinzelt nur Kenntnis nimmt) und eine präzisere Anwendung der – häufig unsicheren und nicht dem Stand der Linguistik entsprechenden – sprachbezogenen Terminologie und Analysebegriffe (etwa der Termini "Miranda" und "Euphemismus") hätte, zusammen mit den in der Studie durchaus und in erfreulicher Fülle vorhandenen Einsichten, Analysen und Beobachtungen zur politischen, kommunikativen und werbetechnischen Funktion der Wahlkampf-Parolensprache, den Wert der Studie im interdisziplinären Kontext außerordentlich erhöht.

Der zweite Teil der Arbeit enthält eine Untersuchung von Wahlkampfparolen der CDU und der SPD aus den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987. Der Verf. arbeitet dabei glaubwürdig die Kontinuität der Hauptparolen in diesen beiden so weit auseinanderliegenden, jedoch beide unter konservativer Hegemonie stattfindenden Wahlkämpfe heraus. Als Prototypen für die in beiden Wahljahren majoritäre politische Stimmung stellt er die Slogans "Keine Experimente – CDU" (1957) und "Weiter so, Deutschland – CDU" (1987) heraus. Auf der Grundlage eines umfangreichen Textkorpus von Plakatparolen werden die zentralen Begriffe und Aussagen der beiden konkurrierenden Volksparteien herausgearbeitet und gegenübergestellt. Bei der Oppositionspartei SPD diagnostiziert der Verf. dabei in beiden Wahlkämpfen ein "hinterherhinken" sowohl hinter der begrifflichen Hegemonie als auch hinter der werbetechnischen Raffinesse der CDU-Parolen. Die bei dieser Analyse aufgestellten starken Behauptungen über die Wirksamkeit einzelner Wortverwendungen und Parolen (63 u. ö.) bedürften allerdings noch der methodischen und empirischen Untermauerung; allein die ex-post-Nennung nu-

merischer Wahlergebnisse reicht als Beleg für die höhere Wirksamkeit von Sprachmaterial nicht aus, wenn eine semantische und rezeptionspsychologische Begründung fehlt. Die bei der Beurteilung der Wirksamkeit offenbar zugrundegelegten "Grundregeln erfolgreicher Werbepsychologie" (68), denen Verf. ja ansonsten durchaus kritisch gegenübersteht, bedürften der linguistisch/rezeptionspsychologischen Infragestellung; jedenfalls ist bisher noch an keiner Stelle empirisch valide nachgewiesen worden, daß Wahlergebnisse wirklich Wirkungen der verwendeten Wahlwerbung sind, wie Verf. anscheinend unterstellt. Der dritte Teil der Studie versucht, die politiksprachlichen Analogien zwischen beiden Wahlkämpfen unter zehn verschiedenen Aspekten zu vertiefen und in einen größeren politikwissenschaftlichen Diskussionszusammenhang über Wahlkämpfe zu stellen. Die zahlreichen, durch eine Fülle von Zitaten munitionierten Ausführungen dieses Teils der Arbeit können hier leider nicht im einzelnen referiert und diskutiert werden. Genannt seien nur: Die Selbststilisierung der FDP als "dritte Kraft" (114 ff.), Wahlkampf als Gradmesser politischer Kultur (119 ff.), "verführende" vs. "aufklärerisch-emanzipative" (127 ff.) bzw. rationale (138 ff.) Verwendung von Sprache in der Politik, geschlechts- oder adressatenspezifische Ansprache im Wahlkampf (152 ff.). Am Ende der Arbeit unternimmt der Verf. den äußerst anerkennenswerten Versuch, die andernorts von ihm selbst nicht immer vermiedene "Verhüllungs"these zum politischen Sprachgebrauch (s. o. die Kritik) zu relativieren. Er greift dabei auf das sprachwissenschaftliche Grundmodell der Arbitrarität des Zeichens zurück: Danach gibt es keine "natürliche" Beziehung zwischen Laut und Bedeutung und folglich auch nicht die Möglichkeit, eine "präzise", "unideologische" Sprechweise als Gegensatz einer "ideologischen", "vagen", "verschleiernenden" Bedeutungsgebung als sakrosankt zu erklären. Nach Gruners Kernthese werden Politiker "nicht nur nicht auf den Gebrauch von Euphemismen und Kakophemismen verzichten, nein, sie können in einem pluralistisch verfaßten politischen System und dem ihm immanent gedachten Zwang zur Opposition nicht darauf verzichten, da es sich um klassische sprachliche Mittel handelt, Gegensatz und Widerspruch in Beurteilung und Bewertung politischer Sachverhalte zuspitzend kenntlich zu machen" (144). Diese These korrespondiert den Er-

kenntnissen der neueren linguistischen Forschungen zur Politiksprache, wonach jede (implizit) mit Geltungsansprüchen vorgetragene Sprachverwendung und Bedeutungsgebung Teil semantischer Kämpfe ist; sie könnte einer der Ausgangspunkte für eine neue Bewertung der Funktion von Sprache im politischen Prozeß sein, die nur von Sprachwissenschaftlern, und Politologen (und Psychologen, Soziologen etc.) gemeinsam in interdisziplinären Anstrengungen erarbeitet werden kann. Gruners Studie stellt (trotz mancher v. a. aus linguistischer Sicht anzumerkender Ungereimtheiten und Mängel) einen wichtigen politikwissenschaftlichen Beitrag zum Thema "Sprache im Wahlkampf" dar, der eine Fülle von Anregungen gibt und der Beachtung und Diskussion zweifellos würdig ist.

Darmstadt

Dietrich Busse